

Hände weg vom Streikrecht – Streikrecht ist Grundrecht! Demonstration in Frankfurt gegen das geplante Gesetz zur Tarifeinheit

Am 18. April nahmen annähernd tausend Menschen an der Demonstration gegen das geplante Gesetz zur „Tarifeinheit“ teil. Initiiert wurde die Demo vom Aktionsbündnis „Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“. An der Mobilisierung hatten sich einzelne Gliederungen von ver.di und der GEW sowie die GDL, die FAU, die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken und eine ganze Reihe politischer Organisationen und Einzelpersonen beteiligt.

Nach einer kurzen Einleitung durch ein Mitglied des Bündnisses "Hände weg vom Streikrecht" wurde eine Grußadresse von ATIF Föderation der Arbeiter in der Türkei in Deutschland verlesen. Als erster Redner sprach **Winfried Wolf, Chefredakteur von Lunapark²¹ und Initiator der "Streikzeitung"**. W. Wolf betonte u.a., dass dieser Gesetzesentwurf nicht isoliert betrachtet werden darf. Gerade die Initiative der CSU (vom 26. Januar) zeige, wohin die Reise gehen soll: Künftig soll es für Streiks eine Ankündigungsfrist von 4 Tagen geben, für einen weit gefassten Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sollen Mindestbesetzungen sichergestellt werden, bevor zu Streiks aufgerufen werden kann und überhaupt soll jeglicher Streik nur die „Ultima Ratio“ sein, und zwar dadurch, dass jedem Streik erst mal eine Schlichtung vorgeschaltet sein soll. Es soll also eine **"Zwangsschlichtung" gesetzlich verankert** werden.

Helmut Born, Mitglied im ver.di-Landesvorstand NRW wies auf die Gefahr hin, die entsteht, wenn sich Gewerkschaften in dieser existenziellen Frage abstinenter verhalten oder das Gesetzesvorhaben sogar noch unterstützen. Wohin die Reise geht, zeigt nicht zuletzt der aktuelle Vorstoß des Wirtschaftsflügels der CDU-Bundestagsfraktion, dem der vorliegende Gesetzesentwurf noch nicht weit genug geht und diesen im Sinne des CSU-Papiers verschärfen möchte.



Ein Metaller aus München, der die **Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken** vertritt, kritisierte sehr deutlich die Rolle und Haltung der 5 DGB-Gewerkschaften (insbesondere der IG Metall) im Konflikt zwischen Bahn und GDL. Im Hinblick auf die IG-Metall Führung sagte er: wer vor dem Hintergrund des Vorstoßes des CDU-Wirtschaftsflügels immer noch nicht spanne, in welche Richtung das Ganze geht, könne sich nicht mehr Gewerkschafter nennen, sondern sei zum Bettvorleger des Kapitals geworden.

Rudolf Mühlend von der FAU stellte fest, dass es von unschätzbarem Wert sei, dass die heutige gemeinsame Aktion von so vielen verschiedenen Kräften durchgeführt

werde. Nur durch eine breite Zusammenarbeit aller kritischen Kräfte können wir was erreichen. Wer nicht begreift, dass es hier um ein Grundrecht geht, das nicht nur den Gewerkschaften (oder schlimmer noch: nur den etablierten Gewerkschaften) zusteht, der hat nicht begriffen, dass das Streikrecht ein Menschenrecht ist.

Auch von **französischen Basisgewerkschaften „Solidaires“** waren Gäste anwesend und haben ein Grußwort an die KundgebungsteilnehmerInnen gerichtet.

Auf der Abschlusskundgebung sprach u. a. **Dr. Rolf Geffken, Arbeitsrechtler aus Hamburg** und Initiator des „Juristenaufrufs“ gegen das Tarifeinheitsgesetz. Er betonte, dass wir uns mit den Angriffen auf das Streikrecht auch juristisch auseinandersetzen müssen, dass aber letztlich die beste Verteidigung des Streikrechts der Streik selbst ist. Nur wenn auch wirklich gestreikt wird, kann dieses Recht verteidigt bzw. wiederhergestellt werden.

Eine besondere Freude für alle KundgebungsteilnehmerInnen war die Anwesenheit einer ganzen Reihe von KollegInnen der GDL und vor allem die Rede des **stellvertretenden Vorsitzenden der GDL, Norbert Quitter**. Seit Monaten taktiere der Bahnvorstand und mache kleine Zugeständnisse, die er beim nächsten Mal wieder zurücknehme, in der klar erkennbaren Absicht, sich bis zur Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetzes durchzuhangeln. Er kündigte dann die derzeit stattfindenden Streiks an. Selbstbewusst sagte er: Im Betrieb kriegen wir die Reihen geschlossen. Das ist kein Problem. Aber von außen wird es wieder ganz gewaltige Verleumdungskampagnen geben. Deswegen ist es uns so wichtig, dass ihr uns unterstützt." Dann bedankte er sich ausdrücklich bei dem Bündnis „Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ und betonte, dass die heutige Aktion ganz wichtig gewesen sei und dass sie nicht die letzte sein dürfe. Er bat um weitere Hilfe, vor allem gegen die in der Öffentlichkeit zu erwartende neue Hetze und erklärte sich solidarisch mit dem Kampf der ErzieherInnen.

Eine erfolgreiche Demo

Die Demonstration war, obwohl wir uns noch mehr TeilnehmerInnen gewünscht hatten, dennoch ein Erfolg. Wir haben ein kleines Signal gesetzt, an dem wir in Zukunft anknüpfen können. Denn der Kampf gegen das Tarifeinheitsgesetz geht weiter! Zeigt Solidarität mit der GDL. Besucht die streikenden GDLerInnen, protestiert vor den DGB-Häusern gegen die Haltung der 5 DGB Gewerkschaftsführungen, die sich in Sachen Tarifeinheitsgesetz offen auf die Seite von Regierung und Kapital geschlagen haben.

Klärt über die Tarifeinheit per Gesetz auf - der Kampf geht weiter!

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinker

Kein Pakt mit „Arbeitgebern“ und Regierung gegen das Streikrecht!

Offener Brief an die Vorsitzenden der IG Metall

Lieber Kollege Wetzel, lieber Kollege Hofmann,

Ihr habt mehrfach erklärt, dass Ihr, bzw. „die IG Metall“ die Gesetzesvorlage für „Tarifeinheit“ begrüßt. Ihr behauptet, dass dadurch das Streikrecht nicht eingeschränkt würde. Aber zahlreiche Gutachten, einschließlich des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags ebenso wie viele namhaften Arbeitsrechtler/innen bestätigen das Gegenteil. Wenn das Gesetz so durchkommt, gilt: eine Gewerkschaft, die in einem Betrieb nicht die Mehrheit hat, darf weder Tarifverträge für ihre Mitglieder abschließen, noch dafür Streiks oder Warnstreiks organisieren.

Zugleich bestätigt die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dass es ihr darum geht, Streiks auszuschließen: „Arbeitgeber müssen sich darauf verlassen können, dass während der Laufzeit eines Tarifvertrags, der mit der Mehrheitsgewerkschaft abgeschlossen ist . . . , auch das Arbeitsleben befriedet ist.“ Zugleich machen sie deutlich, dass sie durchaus nicht auf die großen Gewerkschaften setzen: „Auch kleine Gewerkschaften können in den Betrieben Mehrheitsgewerkschaften sein.“

Wir können nicht verstehen, dass Ihr mit denen gemeinsame Sache macht, die seit Jahren das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ durch Ausgliederungen und Fremdvergabe zunichte machen. Die Initiative der CSU, für die „Daseinsvorsorge“ weitere Einschränkungen des Streikrechts zu verlangen, macht deutlich, was die Unternehmerverbände und ihre Freunde wollen.

Der bekannte Professor für Arbeitsrecht und Gewerkschafter Wolfgang Däubler schätzt das Gesetzesvorhaben so ein: »Die gesetzliche Vorgabe der Tarifeinheit ist der elegante Versuch, Gewerkschaften auszuschalten, ohne sie explizit zu verbieten«. Prof. Däubler hält das Gesetz für grundgesetzwidrig. Außerdem würde es die Flächentarifverträge weiter zersetzen und bestehende Tarifgemeinschaften mittelfristig zerstören.

Deshalb fordern wir Euch auf:

- Versagt dieser Gesetzesinitiative die Unterstützung! Verteidigung des Streikrechts gegen alle Angriffe!
- Tarifeinheit muss über gewerkschaftliche Solidarität erreicht werden, nicht über Kugeln mit den Unternehmern!

Wir fordern eine offene Debatte auf allen Ebenen unserer Gewerkschaft!

**Die Unterschriftensammlung wird durchgeführt von der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG).
Unterschriften bitte senden an metallertreff@yahoo.de oder Matthias Fritz, Gehrenwaldstr.58, 70327 Stuttgart**

Weitere Infos unter: <http://www.labournet.de/gewlinke/>

Tarifabschluss Öffentlicher Dienst / Länder: Da war mehr drin

Am 28. März gab es bei der vierten Verhandlungsrunde des öffentlichen Dienstes der Länder einen Abschluss, der weit unterhalb vergleichbarer Vereinbarungen, z.B. in der Metallindustrie, geblieben ist. Besonders unerfreulich ist, dass die gleiche Bezahlung für angestellte Lehrkräfte wieder einmal nicht durchgesetzt wurde.

Das Tarifergebnis sieht für dieses Jahr eine Tarifierhöhung, nach 2 Nullmonaten, von 2,1% vor und ab 1.3.2016 eine weitere Erhöhung von 2,3%, wobei ein Mindestbetrag von 75€ fest geschrieben wurde. Bei einer Forderung von 5,5% für 12 Monate bedeutet die durchgesetzte Erhöhung von 1,8% für 12 Monate ein Einknicken der Gewerkschaften vor den Vorgaben der Politik. All die Erklärungen, dass die Löhne in der Bundesrepublik kräftig erhöht werden müssen, sind nur heiße Luft. Die „Arbeitgeber“ sind in diese Tarifrunde mit der Forderung nach Senkung der Zusatzversorgung gegangen. Hierzu wurde vereinbart, dass die Beschäftigten in Zukunft einen größeren Eigenbeitrag zu leisten haben, der in Ostdeutschland wesentlich höher ist als im Westen. Bei den Forderungen nach gleichem Urlaub auch für Azubis begnügten sich die Gewerkschaften mit einer Erhöhung von einem Tag auf 28 Urlaubstage und bei der Forderung nach Abschaffung der sachgrundlosen Befristung konnte gar nichts durchgesetzt werden.

Die Bedingungen im Länderbereich des öffentlichen Dienstes sind sicherlich für die Gewerkschaften nicht die besten. In vielen Bereichen gibt es eine schlechte Verankerung und damit auch eine schlechte Aktionsfähigkeit. Aber auch hier ist durch die Zusammenarbeit von ver.di, GEW und GDP mit dem DBB in den letzten Jahren manches verbessert worden. In diesem Jahr waren mehr Beschäftigte an den Warnstreikaktionen beteiligt als jemals zuvor. Darauf hätte sicherlich aufgebaut werden können.

Besonders ärgerlich ist dieser Abschluss für die angestellten Lehrkräfte, die wieder einmal mit leeren Händen dastehen.



Der DBB hat hier, ohne Absprache mit der GEW, einen Abschluss getätigt, der einfach schlecht ist. Eine Anhebung um 30 € hat nichts mit einer Angleichung der Einkommen zu tun. Die GEW sollte in ihrem Kampf für gleiche Bezahlung der angestellten Lehrkräfte jede mögliche Unterstützung bekommen. Mit diesem Abschluss bestätigt sich leider einmal mehr, dass die deutschen Gewerkschaften nicht bereit sind, sich mit Politik und Kapital wirklich anzulegen. Wie in der Metallindustrie wurde auch in dieser Tarifrunde lediglich angedeutet, dass man bereit ist zu kämpfen. Von den, auch vom Bundesbankpräsidenten empfohlenen Lohnsteigerungen von 3 %, ist man weit entfernt. Wobei auch die 3 % nichts mit Umverteilung zu tun gehabt hätten. **Und das in einer Situation, wo die Profitraten ständig steigen und die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie.**

Helmut Born. verdi-Linke

Totengräber des DGB: Bündnis konservativer Gewerkschaften

Es hat sich angedeutet. Doch dass es die Chefs der Industriegewerkschaften IG Metall, IG BCE und IG BAU gemeinsam mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) auf eine offene Spaltung des DGB ankommen lassen würden, ist doch überraschend. Vordergründig handelt es sich bei dem Mitte April präsentierten Papier um eine Kooperationsvereinbarung, die Abgrenzungsprobleme der beteiligten Organisationen vermeiden helfen soll. Tatsächlich aber ist es eine Kampfansage an die Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich, allen voran ver.di. Noch mehr: Die Zukunft des DGB als handlungsfähiger Gewerkschaftsverbund steht auf dem Spiel.

„Diese Kooperation ist gegen niemanden gerichtet, sondern nur für uns“, zitiert die Süddeutsche Zeitung den Vorsitzenden der Chemiegewerkschaft (IG BCE), Michael Vassiliadis. Doch diese Aussage darf bezweifelt werden. Wenn sich vier Einzelgewerkschaften zusammenschließen – und die anderen vier DGB-Organisationen bewusst außen vor lassen – ist das eine klare Botschaft. Sie richtet sich vor allem gegen ver.di. Die 1.000-Berufe-Gewerkschaft steht im Zentrum der Abgrenzungsprobleme. Mit der IG BAU hat sie sich in der Vergangenheit heftig um die Vertretung der Reinigungskräfte in Krankenhäusern gestritten. Während dieser Konflikt weitgehend beigelegt ist, eskaliert die Auseinandersetzung mit der IG Metall zusehends.

Deren Vorsitzender Detlef Wetzel erklärte schon vor seiner Wahl Ende 2013 kategorisch: „Alles, was zur Wertschöpfungskette eines Endprodukts gehört, muss in unserem politischen Fokus sein.“ Soll heißen: Die gesamte Lieferkette, sämtliche Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Herstellung von Autos, Maschinen etc. werden von der IG Metall erfasst. Sicherlich macht es Sinn, z.B. bei der Ausgliederung von Unternehmensteilen dafür Sorge zu tragen, dass die direkt Betroffenen in ihrer angestammten Gewerkschaft bleiben können, die ihnen Unterstützung im alten Stammbetrieb verschafft. Doch zu klären sind derlei Fragen nur in solidarisch geführten Verhandlungen.

Offensichtlich ist: Es geht vor allem um das Anliegen der Apparate, die Mitgliedszahlen und damit ihre Finanzkraft zu stabilisieren. **Mit dem Interesse der abhängig Beschäftigten als Klasse hat das nichts zu tun.** Doch der Konflikt hat auch einen politischen Kern. Die beteiligten Organisationen sind allesamt streng sozialdemokratisch ausgerichtet. Regierungskritische und gesellschaftspolitische Kampagnen lehnen sie anders als ver.di, GEW und NGG kategorisch ab. Auch beim Gesetz zur „Tarifeinheit“ wird die politische Spaltung deutlich. Empörend ist, dass sich DGB-Chef Reiner Hoffmann öffentlich auf die Seite einer Fraktion stellt. **Er könnte damit zum Totengräber des Gewerkschaftsbundes werden, dem er selbst vorsitzt.**

Daniel Behruzi, verdi Linke, Journalist u.a. für Junge Welt

Beim Streik im Sozial- und Erziehungsdienst geht es um mehr als die Eingruppierung

In den vergangenen Wochen haben 70.000 Erzieherinnen und SozialarbeiterInnen die Arbeit niedergelegt, um für eine bessere tarifliche Eingruppierung und die Wertschätzung ihrer Arbeit zu demonstrieren. In insgesamt 5 Verhandlungsrunden konnte keine Einigung erzielt werden. Daraufhin kündigten die Gewerkschaften ver.di und GEW eine Entscheidung über eine Urabstimmung zu unbefristeten Streiks der 240.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst an. Alle GewerkschafterInnen müssen dafür Sorge tragen, dass die Eltern wegen Streiks in den Kitas nicht vor den ver.di-Büros protestieren, sondern vor den Rathäusern. Der Schlüssel für die Beilegung des Konflikts liegt bei den Verantwortlichen in den Kommunen. Nur wenn der Druck auf diese groß genug wird, kann der Streik erfolgreich sein. Es kann nicht sein, dass eine Erzieherin 1000 € weniger verdient als ein Arbeiter am Band. Die unterschiedliche Bezahlung von industriellen und personennahen Tätigkeiten ist durch nichts gerechtfertigt. Die Entgelte in den Sozial- und Erziehungsberufen müssen kräftig steigen. Geld ist genug da. Der Staat verzichtet wegen Steuererleichterungen für Unternehmen jährlich auf Milliardenbeträge.



In Stuttgart versammelten sich über 11.000 Beschäftigte, um für die Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst zu demonstrieren.
Foto: Joachim Röttgers

IG BAU fordert Tarifvertrag gegen Leistungsverdichtung

Die Reinigungskräfte wehren sich erneut gegen diese Arbeitsbedingungen. 2009 hat die Baugewerkschaft mit einem aufsehenerregenden Arbeitskampf gezeigt: Auch in der Reinigungsbranche sind Streiks möglich. Doch seither sind die Verhältnisse schlechter geworden. Denn: Billig, billiger, am billigsten. Dies ist das Motto privater Reinigungsfirmen bei Ausschreibungen. Den Beschäftigten steht zwar ein allgemeinverbindlicher tariflicher Mindestlohn zu. Der ist mit 9,55 Euro pro Stunde im Westen und 8,50 Euro im Osten aber äußerst niedrig. Außerdem drehen die Unternehmen immer stärker an der Leistungsschraube. Dagegen setzen sich die Betroffenen nun zur Wehr. Die Gewerkschaft, die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat den Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag gegen Leistungsverdichtung aufgefordert. Damit soll der Leistungsverdichtung ein Riegel vorgeschoben werden. Die IG BAU will für die rund 600.000 Beschäftigten eine Begrenzung der Quadratmetervorgaben durchsetzen, sowie gesicherte Einarbeitungszeiten, ein Recht auf Weiterbildung und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz erreichen. Ein weiteres Übel sind befristete Arbeitsverträge und verlängerte Probezeiten, die in der Gebäudereinigung weit verbreitet sind. Gemeinsam mit den Betriebsräten versucht die IG BAU deshalb, Befristungen mit den Mitteln der betrieblichen Mitbestimmung zu begrenzen. Dies durchzusetzen wird nicht leicht. Zunächst setzt die Gewerkschaft auf öffentlichkeitswirksame Aktionen. Diese zielen vor allem auf die Kunden – also die Betreiber von Schulen, Krankenhäusern und Büros. Den Kunden muss klar werden: Sauberkeit hat ihren Preis.

Blockupy und wie weiter?

Anlässlich der Einweihung des neuen EZB-Gebäudes am 18. März fanden in Frankfurt diverse Protestveranstaltungen statt. Dass sich die Massenmedien dabei auf die heftigen Auseinandersetzungen in den frühen Morgenstunden dieses Tages konzentrierten, darf uns nicht überraschen. Damit lässt sich bequem von dem inhaltlichen Anliegen der Blockupy-Bewegung ablenken. Und Sensationsbilder lassen sich auch besser vermarkten. Es ist nebenbei bemerkt völlig unklar, wer hier eigentlich gewirkt hat (jedenfalls rühmten sich auch Neonazis, in diesen Stunden in der Nähe des EZB-Gebäudes aktiv gewesen zu sein). Und es drängt sich die Frage auf, wieso die Polizei zuschaute, als ein Trupp von ca. 200 Vermummten von der EZB aus stadteinwärts loszog und Fensterscheiben einwarf, Autos beschädigte usw.

Für uns stehen zwei sehr erfreuliche Entwicklungen im Vordergrund:

Erstens ist es alles andere als selbstverständlich, dass an einem Werktag (Mittwochnachmittag) für diese Kundgebung und anschließende Demonstration weit über 20.000 Menschen zusammenkamen. Die Auftaktkundgebung lief über mehr als zwei Stunden mit einer ganzen Reihe interessanter Beiträge von GastrednerInnen aus dem In- und Ausland. Die Demo war bunt und zeigte das breite Spektrum der Menschen, die sich von der negativen Berichterstattung der bürgerlichen Presse nicht abschrecken ließen. Zu tief ist inzwischen ihre Motivation verankert, für ein anderes Europa auf die Straße zu gehen. Noch vor diesem Auftakt hatte der örtlich DGB zu einer Demonstration aufgerufen, zu der ca. 2000 KollegInnen kamen. Auch das ist neu. Zweitens haben sich die OrganisatorInnen in einer sehr breit getragenen Willensbekundung darauf verständigt, in der nächsten Zeit das Thema **Griechenlandsolidarität in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten** zu stellen. Angedacht ist zurzeit, Ende Juni/Anfang Juli in Berlin eine Demonstration durchzuführen, um gegen die fortgesetzte Knebelungspolitik der Troika (EU, EZB und Internationaler Währungsfonds) gegenüber Griechenland zu protestieren. Auf dem Blockupy-Aktiventreffen am 9./10. Mai in Berlin werden die Aktivitäten der nächsten Zeit besprochen und festgelegt. In einer Pressemitteilung der Organisatoren heißt es:

„Die Verelendungspolitik und die Dauerkrise in Europa kann nur von unten, grenzübergreifend gelöst werden. Am Abend [des 9. Mai] wollen wir deshalb im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung darüber diskutieren, wie wir als europäische Bewegung weiter machen. Dabei wollen wir uns gemeinsam mit internationalen Aktiven darüber austauschen, wo der europäische Protest gerade steht und wie wir von dort aus verstärkt Solidarität gegen die europäische Spaltung organisieren können.“

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden

»Wer nicht kämpft, hat schon verloren«

Gedanken, Erinnerungen, Rückblicke – zum Tod von Barbara Emme

Bekanntgeworden ist sie unter dem Namen **Emmely**. Sie wurde zu Unrecht beschuldigt, zwei liegengebliebene Pfandbons für sich eingelöst zu haben. Gegen diese ungerechtfertigte Kündigung hat sie sich gewehrt.

Emmely starb am Montag, den 16. März 2015, plötzlich und unerwartet. Ein Schock für die ganze Familie, Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen und Unterstützer. Sie starb an Herzversagen. Emmely entfachte mit ihrem mutigen Kampf eine öffentliche Diskussion über Kündigungen, die wegen Kleinigkeiten oder sogar aufgrund eines bloßen Verdachts ausgesprochen wurden. Dies entfaltete einen solchen Druck, dass die Partei Die Linke, die Grünen und die SPD Gesetzesentwürfe zur Einschränkung von Bagatell- und Verdachtskündigungen in den Bundestag einbrachten. Emmely lehnte alle Angebot eines Vergleichs ab. Sie wollte zurück an ihren Arbeitsplatz. Das hat sie erreicht.

Sie gewann nach zweieinhalb Jahren vor dem Bundesarbeitsgericht. Kaiser's musste Emmely als Kassiererin weiterbeschäftigen. Sie hatte nicht getan, was das Unternehmen ihr vorgeworfen hatte. Die falsche Beurteilung der Tatsachen durch die erste und zweite Instanz konnte allerdings das Bundesarbeitsgericht nicht mehr berichtigen. So verfasste das Bundesarbeitsgericht auf der Grundlage einer falschen Tatsachenfeststellung ein richtiges Urteil: **Emmelys Kündigung war unverhältnismäßig**. Seitdem ist es schwerer geworden, Beschäftigte, insbesondere Betriebsräte und Gewerkschafter, die Unternehmen unbequem geworden sind, auf diese Weise aus dem Weg zu räumen. **Die große Solidarität, die Emmely stark gemacht hatte, brachte eine Verbesserung des Kündigungsschutzes für alle abhängig Beschäftigten.**



Herbstkongress der Gewerkschaftslinken und weiteren interessierten Organisationen

Wir wollen im Herbst gemeinsam mit weiteren Organisationen einen Kongress organisieren, der die zwei Themen Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit (Gesetzesentwurf Tarifeinheit/Streikrecht) sowie Tendenzen des Union Busting (Bossing, BR-Mobbing usw.) in den Mittelpunkt stellt. Ebenso natürlich auch, wie die Gegenwehr gegen diese Angriffe organisiert werden kann. Weitere Infos ab Juli im Labournet unter: <http://www.labournet.de/gewlinke/>

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job,
basisnah, gesellschaftskritisch



LabourNet Germany

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss: 27. April 2015